



Man könnte aber auch **DIE LINKE** wählen !!

Gemeinsam: Eine starke LINKE für Lichtenberg

Seit den Kommunalwahlen 1992 stellt die LINKE die stärkste Fraktion in Hohenschönhausen und Lichtenberg. Bärbel Grygier, Wolfram Friedersdorff und Christina Emmrich waren erfolgreiche Bürgermeister, die weit über die Grenzen des Bezirks Anerkennung genossen und Einfluss hatten. Immer im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern, pragmatisch, aber eindeutig in ihren Positionen, in Konfliktsituationen auf der Straße und nicht hinter ihrem Schreibtisch verschanzt. Im Jahr 2011 konnte die LINKE nicht verhindern, dass gegen sie eine Zählgemein-

schaft aus SPD, CDU und Grünen gebildet wurde. Unser Angebot: Wir wollen 2016 mit einer LINKEN als Bürgermeisterin eine bessere Politik für Lichtenberg machen, eine Politik für alle, auch für die, die im Schatten des „Booms“ stehen. Der Bezirksvorstand hat Evrim Sommer und Michael Grunst beauftragt, als starkes Team in den Wahlkampf zu ziehen, Evrim Sommer auf Platz 1 der Liste und Michael Grunst auf Platz 2. Beide haben sich dem Ziel verschrieben, Lichtenberg zur echten Bürgerkommune zu machen. Evrim Sommer bringt politische Erfahrungen aus vielen Jahren

im Berliner Abgeordnetenhaus mit, Michael Grunst aus hauptamtlicher Arbeit in verschiedenen Ebenen der Berliner Verwaltung und ehrenamtlicher Arbeit als Bezirksverordneter. Nicht nur als Politiker, sondern auch als Bewohner unseres Bezirks kennen sie die Herausforderungen aus ihrem täglichen Leben. Neubau und Wohlstand in einigen Quartieren, Armut und soziale Probleme in anderen. Beide wissen: Sozialer Zusammenhalt gelingt nur gemeinsam. Die LINKE will sich mit Evrim Sommer und Michael Grunst an der Spitze dieser Aufgabe stellen. GESINE LÖTZSCH



10 Jahre Bürgerhaushalt – 10 Jahre aktives Mitmachen. Am 24. September 2005 fand die Auftaktveranstaltung für eine partizipative Haushaltsaufstellung, -durchführung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg statt.

Am 5.12.2003 beriet das Bezirksamt erstmalig darüber, ob und wie es diese, in Großstädten bisher nicht praktizierte Methode der Bürgerbeteiligung, „unter die Leute“ bringt. Im November 2004 gab es mit der Beilage zum lesbaren Haushalt in den „Lichtenberger Rathausnachrichten“ den Auftakt für eine breite öffentliche Diskussion.

Diese Vorbereitung war lang, aber notwendig. Dass der Lichtenberger Bürgerhaushalt ein Erfolgsmodell wurde, verdanken wir den vielen interessierten Lichtenbergerinnen und Lichtenbergern, den MitarbeiterInnen der Verwaltung und den vielen Engagierten in Stadtteilzentren, Beiräten und Gremien unterschiedlichster Art. Er musste sich vielen Veränderungen unterziehen, immer unter Mitwirkung von Beteiligten. Die Konstante in diesem Prozess waren und sind Stadtteilkonferenzen. Eingebettet war er in eine grundlegende Veränderung der Gemeinwesenstruktur. Kiezbeiräte und Kiezaktive entstanden, fühlten sich für die Gestaltung des Wohnumfeldes verantwortlich und drängten auf erforderliche Veränderungen.

Ich wünsche dem Bürgerhaushalt weiterhin die Beachtung, die er verdient. CHRISTINA EMMRICH

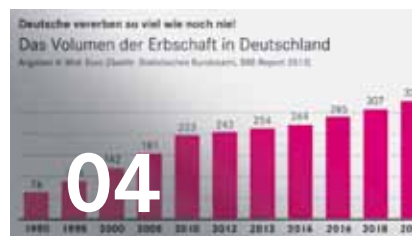
Gesund:

Interview mit Michael Mielke, Geschäftsführer des KEH



Geerbt:

Ein Blick auf die Erbschaftssteuer



Aufgestellt:

Evrin Sommer zieht für die LINKEN in den Wahlkampf



Angetreten:

Michael Grunst will Lichtenberg zur Bürgerkommune machen



KURZ GEMELDET

LICHTENBERGER KINDEROPER

Mit der Revue „Es liegt in der Luft – Ein Spiel im Warenhaus“ feierte die fünfte Produktion des Kinderopernhauses Lichtenberg am 23. Oktober in der Staatsoper im Berliner Schiller Theater Premiere. 50 im Steinhaus beheimatete Kinder im Alter von 7 bis 13 gestalteten die Neufassung des 1928 uraufgeführten Stückes als ironische Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist jener Jahre. Seit seiner Gründung 2009 hat die Kinderoper mit 5 Produktionen 6200 Zuschauer in 32 Aufführungen begeistert. Seit diesem Jahr ist die international gefeierte Mezzosopranistin Waltraud Meier Patin des Hauses. Am 21. und 22.11. liegt jeweils um 15 Uhr im Kulturhaus Karlshorst „etwas in der Luft“. **Tickets unter 203 545 55.**

LICHTENBERG 47

Über ein eigenes Trikot, eine eigene Hose sowie ein eigenes Paar Stutzen konnten sich jüngst alle 165 Kinder und Jugendliche von Lichtenberg 47 freuen. Wie der Verein mitteilt, wurde durch den Sportartikelausstatter Sportfreak Peter Nitsch und Uwe Kretschmar GbR aus dem FORUM Landsberger Allee 117 der Nachwuchs von Lichtenberg 47 einheitlich eingekleidet. „Wir sind sehr dankbar, da dies keine Selbstverständlichkeit ist“, so Vereinsprecher Stephen Wiesberger. Das Unternehmen ist seit 20 Jahren einer der langjährigsten Sponsoren des 9 Sportarten betreibenden Vereins. Auch Privatpersonen können mit 47 Euro dem Club „Wir für 47!“ beitreten und so Rahmenbedingungen der Oberligamannschaft verbessern.

„EDDI“ FÜR STEIMLE

Kürzlich ist der Dresdner Kabarettist und Schauspieler Uwe Steimle (52) mit dem Berliner Kabarettpreis 2015 „Der Eddi“ ausgezeichnet worden. Die Prämie ist „genregemäß“ mit 2015 Euro dotiert und wurde im Karlshorster Kulturhaus durch Bezirksbürgermeisterin Monteiro überreicht. Die Idee der Auszeichnung für „Nichtwürdenpreisträger“ der DDR stammt vom Kabarettisten Edgar Külow (1925-2012) und dem Karikaturisten Heinz Behling (1920-2003), die beide aus Lichtenberg stammen. JOACHIM PAMPEL

Mietenvolksentscheid – nur die halbe Miete?



Intensive Diskussion über eine anspruchsvolle Thematik, die alle Mieterinnen und Mieter betrifft: Es ging um den Mietenvolksentscheid, den Gesetzentwurf des Senats und die Zukunft linker Wohnungspolitik.

Die LINKE.Lichtenberg diskutiert mit den Bürgerinnen und Bürgern den „Kompromiss“ zwischen dem Senat und der Mietenvolksentscheid-Initiative.

„Mietenvolksentscheid – nur die halbe Miete?“ lautete die Leitfrage einer von mir moderierten offenen Podiumsdiskussion in der „Kiezspinne“. Dorthin hatte am 21. Oktober der LINKE.Lichtenberg-Ortsverband Frankfurter Allee Süd alle interessierten Lichtenbergerinnen und Lichtenberger eingeladen, um das Ergebnis der Initiative zu bewerten und einen Blick in die wohnpolitische Zukunft zu werfen. Mit ihrer politischen Erfahrung und Sachkenntnis haben Horst Arenz (Mietenvolksentscheid e.V., o.r.) und Katrin Lompscher (DIE LINKE, MdA, o.l.) die

Veranstaltung als Gäste unterstützt. Nach einer Begrüßung durch den Ortsverbandssprecher Sebastian Schlüsselburg stellte Horst Arenz zunächst die widrigen Umstände, unter denen das Projekt gestartet ist („Kopplungsverbot“, „Krise der Parteien“) heraus, gab andererseits jedoch selbstkritisch einige juristische Probleme der ursprünglichen Vorlage der Initiative zu. Er zeigte sich „angesichts des realistisch Machbaren“ einigermaßen zufrieden mit dem Gesetzentwurf, den der Senat nach Gesprächen mit der Initiative zum 1.1.2016 verabschieden will, sah allerdings besonders bei der „Regulierung des privaten Wohnungsmarkts“ noch großen Handlungsbedarf. Hier konnte sich Arenz sogar einen weiteren Volksentscheid vorstellen.

Dagegen unterstrich die Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Katrin Lompscher, dass der aktuelle Gesetzentwurf „nicht auf der Einigung zwischen Senat und Initiative beruht“, sondern „durchweg vom Senat geprägt“ sei und gravierende Mängel aufweise. Darüber hinaus betonte sie, dass „Stadt mehr als nur Wohnen“ bedeute, bezahlbares Wohnen und nachhaltige Stadtentwicklung also zusammengedacht werden müssten. Dafür hat sie ein linkes Zukunftsprogramm für „Berlin als soziale Metropole“ vorgestellt. Ein Schwerpunkt sei es dabei, „städtische Wohnungsunternehmen wieder zu sozialen Wohnungsunternehmen zu machen“, so Lompscher.

Die zweite Hälfte des Abends war Publikumsfragen gewidmet, die insbesondere den Mietenspiegel, die Wohnungsmarktsteuerung und Gebäudemodernisierung betrafen. An der spannenden Diskussion beteiligte sich auch die Lichtenberger Direktabgeordnete Dr. Gesine Löttsch.

Die engagierten und inhaltsstarken Beiträge der Gäste auf dem Podium und im Saal haben die Veranstaltung auf ein bemerkenswertes fachpolitisches Niveau gehoben. Es wurde deutlich, dass der Gesetzentwurf dringend nachgebessert werden muss, wozu die Linksfraktion bereits entsprechende Änderungsanträge vorbereitet. ROMAN VERESSOV

Drum prüfe ...

Berliner Mieterverein hilft allen MieterInnen beim Prüfen der Mietverträge. Zum Juni trat die Mietpreisbremse für Berlin in Kraft, mit der bei Neuvermietung die Miethöhe auf bis zu 10 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt ist. Somit ist der Mietspiegel nicht mehr nur die Grundlage für Mieterhöhungen, sondern auch für Neuvermietung.

Leider ist die Wirksamkeit dieser Mietpreisbremse durch viele Ausnahmen eingeschränkt. Sie kann MieterInnen nur dann nützen, wenn sie sie auch anwenden. MieterInnen, die ab dem 1.6.2015 Mietverträge für Berliner Wohnungen abgeschlossen haben oder noch abschließen werden, sollten daher die vereinbarte Miete insoweit überprüfen, ob die Mietpreisbremse eingehalten wurde.

Mit der „Aktion Mietpreisüberprüfung – Mietspiegel 2015 bei Mietvertragsabschluss und bei Mieterhöhungen offensiv nutzen“ unterstützt der Berliner Mieterverein e.V. dabei die MieterInnen, nicht nur bei Mieterhöhungen, sondern jetzt auch bei Vertragsabschluss die Miete zu prüfen. Hierzu ist ein Fragebogen (bei Mietvertragsabschluss: 169 A/ bei Mieterhöhung: 135 A) auszufüllen, der gegen Einsendung eines frankierten Rückumschlages beim Berliner Mieterverein angefordert werden kann. Die Einsender erhalten eine differenzierte Berechnung mit den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

Damit wird den MieterInnen beim ersten Schritt, der Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete, geholfen. MieterInnen können bei Nachweis der

Nichteinhaltung der Mietpreisbremse bei Neuvermietung einer Wohnung bzw. der Überschreitung der ortsüblichen Vergleichsmiete bei Mieterhöhung entsprechend dem neuen Berliner Mietspiegel 2015 ihre Wohnkosten verringern. Weitere Informationen unter www.berliner-mieterverein.de.

LIESELOTTE BERTERMANN

Die Fragebögen liegen auch in den Beratungsstellen des BMV in Lichtenberg aus:

Montag: 9 bis 11 Uhr, Stadtteilzentrum „IKARUS“, Wandlitzstraße 13

Dienstag: 17 bis 19 Uhr, „HEDWIG Stadtteilzentrum“, Hedwigstraße 12

Mittwoch: 17 bis 19 Uhr, Kieztreff „Undine“, Hagenstraße 57-60

Die Schere geht auseinander

Interview mit Michael Mielke | Von KLAUS SINGER



Michael Mielke
Geschäftsführer des KEH.

Michael Mielke (53) ist seit 2010 Geschäftsführer des Evangelischen Krankenhauses Königin Elisabeth Herzberge (KEH). Er ist in Berlin-Mitte aufgewachsen und wohnt mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern in Pankow.

■ **Sie waren auf der großen Demonstration der Pflegekräfte am 23. September vor dem Brandenburger Tor. Warum geht ein Geschäftsführer demonstrieren?**

Weil ich der Überzeugung bin, dass der Gesetzentwurf zur Krankenhausreform unbedingt nachgebessert werden muss. Die Krankenhäuser brauchen mehr Geld für den Krankenhausbetrieb und insbesondere für die Pflegekräfte. Die Schere zwischen unserem Aufwand und dem Entgelt, das wir bekommen, geht immer weiter auseinander. Es wandern Pflegekräfte in andere Berufe ab. Dort bekommen sie eine bessere Bezahlung und müssen nicht im Dreischichtsystem arbeiten.

■ **Das statistische Bundesamt stellt fest, dass 1991 eine Vollzeitkraft rechnerisch 45 Patienten versorgen musste und 2013 es schon 59 Patienten waren. Wie erklären Sie diesen Trend?**

Das DRG-System, also die Abrechnung nach Fallpauschalen, hat dazu

geführt, dass Patienten im Durchschnitt nicht mehr 14 Tage, sondern nur noch 8 Tage im Krankenhaus bleiben. Dadurch kommt es zu einer enormen Arbeitsverdichtung. Besonders deutlich ist die Arbeitsbelastung in der Notaufnahme gestiegen. An Wochenenden und Feiertagen, wenn die Praxen geschlossen sind, kommen die Patienten zu uns in die Notaufnahme.

■ **Liegt das nicht auch daran, dass wir in Lichtenberg weniger Privatpatienten haben als vielleicht in Zehlendorf und deshalb niedergelassene Ärzte dorthin abwandern und den Patienten häufig nur noch die Notaufnahme bleibt?**

Das ist sicherlich auch ein Problem. Auf jeden Fall steigt der Aufwand für die Notaufnahmen überall an, ohne dass wir die Kosten vollständig abrechnen können.

■ **40 Prozent der Krankenhäuser in unserem Land arbeiten mit Verlust. Gleichzeitig fordert der Gesetzentwurf mehr Qualität in den Krankenhäusern. Heißt nicht mehr Qualität auch höhere Kosten?**

Das ist eine weitere Unstimmigkeit im Gesetzentwurf. Eine hohe Qualität ist für jedes Krankenhaus selbstverständlich. Die Krankenhäuser, deren Qualität als nicht ausreichend angesehen wird, sollen weniger Geld be-

Wir bieten in unserem Land 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr ein sehr gute Gesundheitsversorgung an. Das kostet natürlich Geld. Gleichzeitig versuchen wir, unsere Kosten durch Kooperation und Spezialisierung zu senken. Deswegen arbeitet das KEH eng mit dem Sana-Klinikum und dem Unfallkrankenhaus Marzahn zusammen.

■ **Worauf hat sich das KEH spezialisiert?**

Wir decken mit unseren Abteilungen ein breites Behandlungsspektrum ab. Schwerpunkte sind bspw. die Gefäßmedizin, die Epileptologie und die interdisziplinäre Versorgung älterer Patienten. Darüber hinaus sind die psychiatrischen und psychosomatischen Spezialangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene hervorzuheben. Im City Point Center haben wir in unserer Tagesklinik ein niederschwelliges Angebot für Patienten mit psychischen Erkrankungen.

■ **In Berlin leben viele Flüchtlinge, die auf medizinische Versorgung angewiesen sind. Schaffen Sie es die Flüchtlinge zu versorgen, ohne generelle Abstriche bei der Versorgung für die Gesamtbevölkerung in der Region machen zu müssen?**

Bei uns wird niemand abgewiesen. Wer krank ist, dem wird geholfen, das ist ein Leitsatz unseres Hauses. Mehr

kommen. Wer schätzt die Qualität ein? Die Dokumentationen sind jetzt schon sehr aufwendig für die Mitarbeiter. Für mehr Dokumentation braucht man mehr Personal, und das muss dann auch refinanziert werden. Das KEH schreibt keine Verluste, aber



Das Verwaltungsgebäude des KEH in einem schönen Landschaftspark.

auch wir brauchen ein höheres Budget, um die Qualität zu sichern.

■ **Im nächsten Jahr sollen die Krankenkassenbeiträge um 0,2 Prozent steigen. Verstehen Sie die Beitragszahler, die darüber verärgert sind?**

Patienten bedeutet mehr Arbeit für alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir gehen fest davon aus, dass die medizinische Versorgung der Flüchtlinge kurzfristig durch den Senat geregelt wird.

Erben leicht gemacht

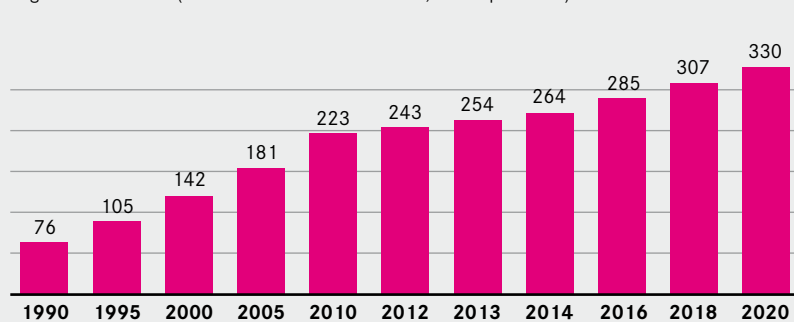
Erben kann Spaß machen, vorausgesetzt, man hat etwas zu vererben. Im Jahr 2012 waren rund 3,3 Millionen Haushalte überschuldet. Dagegen verfügten 10 Prozent der Deutschen über 74 Prozent des gesamten Nettovermögens in Höhe von 9,3 Billionen Euro. Davon wird ein beachtlicher Teil in den nächsten Jahren vererbt. Besonders große Freude kommt bei denen auf, die über ein großes Unternehmensvermögen verfügen. Denn dann können Erbschaften auch schon mal steuerfrei an die nächste Generation übertragen werden. Dafür hatte 2009 die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung mit einer Gesetzesänderung gesorgt. Keiner kann diesen Parteien vorwerfen, dass sie sich nicht um ihr 10-Prozent-Klientel kümmern.

Seit der Gesetzesänderung wurden 105 Mrd. Euro steuerfrei übertragen. Der daraus entstandene Steuerausfall beträgt 28,3 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Die Gesamtausgaben des Bundes für Bundesfernstraßen, für den Ausbau und Erhalt der Schienenwege und der Bundeswasserstraßen sollen im nächsten Jahr ca. 22 Mrd. Euro betragen. Die Bundesregierung verteidigte damals ihr Gesetz mit der Behauptung, dass die steuerliche Verschonung von Betriebsvermögen Arbeitsplätze sichern würde. Der DGB verwies dagegen darauf, dass

Deutsche vererben so viel wie noch nie!

Das Volumen der Erbschaft in Deutschland

Angaben in Mrd. Euro (Quelle: Statistisches Bundesamt, BBE-Report 2013)



es keine Erkenntnisse für auch nur einen einzigen Fall gab, in dem die Fortführung eines Betriebs tatsächlich oder auch nur beinahe durch eine unverhältnismäßige Besteuerung der Erben bzw. Schenkungsbegünstigten gescheitert wäre. Wenn man sich die Zahlen anschaut, dann erkennt man sofort, dass es nicht um die Begünstigung des kleinen Bäckermeisters geht. 2012 und 2013 waren Vermögensübergänge ab 5 Mio. Euro zu mehr als der Hälfte steuerbefreit. Allerdings wurden Vermögensübergänge ab 20 Mio. Euro zu mehr als 90% von der Erbschaftssteuer befreit. Wer also viel Unternehmensvermögen zu vererben hat, der kann besonders viel Steuern sparen. Diese Ungerechtigkeit war sogar dem Bundesverfas-

sungsgericht zu viel. Es entschied, dass die Privilegierung des betrieblichen Vermögens „nicht in jeder Hinsicht mit der Verfassung vereinbar“ sei. Jetzt musste der Finanzminister eine Gesetzesänderung vorlegen. Auch wenn bestimmte Schlupflöcher gestopft werden, wird die CDU/CSU-SPD-Regierung das vermögende 10-Prozent-Klientel auch ohne Hilfe der FDP weiter schützen. Deutschland liegt übrigens bei den vermögensbezogenen Steuern im OECD-Vergleich auf Platz 28. Auf dem 1. Platz liegt Großbritannien und sogar die USA ist mit Platz 5 weit vor der Bundesrepublik. Es ist an der Zeit, dass Deutschland bei der Besteuerung von Reichtum zumindest ins Mittelfeld vorrückt. GESINE LÖTZSCH

11636

ZAHLE DES MONATS

Gerade einmal drei Jahre ist es her, dass die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die Affäre um den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) bekannt wurden. Einschlägige Akten über V-Männer aus der Thüringer Neonazi-Szene hatte der Inlandsgeheimdienst über Nacht schreddern lassen. Ein kurzer Aufschrei hallte durch den Blätterwald, dann verstumte er wohl auch im Angesichte der vermeintlichen Unumkehrbarkeit dieses Vorganges.

Doch dass vernichtete Akten nicht unabänderlich dem Vergessen anheimgestellt bleiben müssen, beweist ein bundespolitisches Pilotprojekt, das im Haushalt unter dem sperrigen Titel „Virtuelle Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Akten“ geführt wird. Die Entwicklung dieses elektronischen Pioniervorganges wurde 2002 mit dem Argument ins Leben gerufen, eine händische Rekonstruktion der Akten würde für die 16 000 Säcke Material 375 Jahre in Anspruch nehmen. Das schien zunächst ein gutes Argument zu sein. Doch früh zeichneten sich Probleme ab. Millionen wurden investiert, aber ein technischer Durchbruch nie erzielt. Nach acht Jahren sind nunmehr elf Säcke rekonstruiert. Nimmt man diese Geschwindigkeit zur Grundlage einer Prognose, wird es noch 11636 Jahre dauern, bis alle Akten wiederhergestellt sind. Die manuelle Zusammensetzung hatte hingegen immerhin 500 Säcke in 20 Jahren bewältigt. Der Verfassungsschutz hat aber sicherlich ein Interesse am Erhalt des technischen Puzzle-Projekts. TINKO HEMPEL

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de

- Sprechstunde Gesine Löttsch: Sie findet am 19. November um 17 Uhr in der Zingster Straße 12, 13051 Berlin, statt. Bitte anmelden unter Telefon 22 77 17 87 oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de.

Fragebogen an Kriegsgefangene



Gesine Löttsch sprach am 7. Mai, dem Tag der Befreiung, auf der Gedenkveranstaltung der LINKEN im Bundestag.

Jeder zweite Rotarmist in Kriegsgefangenschaft kam in NS-Todeslagern, bei Zwangsarbeit und auf Fußmärschen ums Leben. Von den 5,7 Milli-

onen sowjetischen Kriegsgefangenen leben heute noch 4000. Sie wurden bis heute noch nicht entschädigt. Öffentliche Proteste und das Drängen der Fraktion DIE LINKE haben bewirkt, dass die Bundesregierung sich endlich entschlossen hat, den wenigen Überlebenden zumindest eine symbolische Entschädigung von 2.500 Euro zukommen zu lassen.

In den vergangenen Wochen gab es viele empörte Mails. Anlass war ein Fragebogen an die wenigen Menschen, die die Hölle der Kriegsgefangenschaft überlebt hatten. Sie sollen u.a. erklären, ob sie an Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit teilgenommen hatten und ob sie sich in ihrer Gefangenschaft in den Dienst der Deutschen Polizei, der Sicherheitspolizei, Gestapo, SD, SA, SS oder Waffen-SS gestellt hatten.

Ein Bürger brachte seine Empörung über dieses Vorgehen auf den Punkt: „Wer um Gottes Willen ist auf

den Gedanken gekommen, von den letzten überlebenden Opfern eines gigantischen Kriegsverbrechens, selbst nun eine Ehrenerklärung zu verlangen, dass sie keine Kriegsverbrecher seien?! Vielleicht ärgern sich andere, mich hingegen beschämen solche bürokratischen Anwandlungen, die nicht einmal zu einem schlechten Scherz taugen. Da hat eine Minderzahl die deutschen Verbrechen überlebt und deren letzte Reste sollen nun Deutschen gegenüber beteuern, dass sie keine Kriegsverbrecher seien. Das ist derart instinktos und unverhältnismäßig, dass man kaum Worte dafür findet.“

Unsere Fraktion hat die Streichung der strittigen Fragen gefordert und auch andere Fraktionen haben sich für eine Überarbeitung des Fragebogens ausgesprochen. Jetzt muss die Bundesregierung schnell diese Instinktosigkeit aus der Welt schaffen.

GESINE LÖTZSCH



Generationsübergreifender Protest gegen TTIP und CETA am Hauptbahnhof am 10. Oktober.

© HENDRIKJE KLEIN

KOMMENTAR

Langwierige Diskussion über „Umstrukturierungssatzung für den Weitlingkiez“

Mit Datum 23.4.2015 reichte die SPD-Fraktion einen Antrag zur Beschlussfassung mit dem Thema „Umstrukturierungssatzung für den Weitlingkiez“ ein. Im Prinzip ist so etwas eine gute Sache.

Der Bezirk kann eine Umstrukturierungsverordnung, so heißt es richtig, erlassen, wenn schnelles Handeln notwendig ist, das heißt, wenn Eigentümer plötzlich den Mietern Modernisierungsvereinbarungen zuschicken.

Für umfangreiche und zeitaufwändige Voruntersuchungen ist keine Zeit mehr. Um dann einen sozialverträglichen Ablauf zu sichern, haben die Eigentümer auf ihre Kosten Sozialpläne zu erstellen. Darin ist unter anderem der Ablauf und die zukünftige Miete festzulegen, zum Beispiel die Miete nach Modernisierung darf für 3 Jahre den Mietspiegelwert mit gleichwertiger Ausstattung nur um 20% überschreiten.

Da kann der Mieter ja froh sein, er bezahlt statt 6,63 €/qm dann nur 7,96 €/qm. Wie die Mietentwicklung nach den 3 Jahren dann weiter geht, ist nicht geregelt.

Sanierung ist wichtig, bringt aber für die Mieter auch viele Unannehmlichkeiten, besonders wenn sie in bewohntem Zustand erfolgt.

Nun ist es aber so, dass der SPD oder dem Bezirksamt keine solchen Ankündigungen bekannt sind, sondern dass man umfangreiche Voruntersuchungen macht, wie wir es mit den Grünen in einer Drucksache 1582 aus VII fordern. In der Zwischenzeit hat das Bezirksamt mit solch einer Untersuchung für den Weitlingkiez schon begonnen und in den Haushaltsplan 2016 sind die Mittel für den Kaskelkiez und Frankfurter Allee Nord eingestellt.

Seit Mai 2015 müssen wir uns im Ausschuss Soziales, Menschen mit Behinderung und Mieterschutz jetzt mit dieser Beschlussfassung beschäftigen - eine Beschlussfassung die keiner mehr braucht - und dafür viel Zeit vergeuden. Ich hoffe, dass die SPD in der Sitzung im Dezember, an der auch der Stadtrat für Stadtentwicklung teilnimmt, endlich den Antrag zurückzieht. DAGMAR MÜLLER

STOP TTIP – Fairer statt freier Handel

Am 10. Oktober demonstrierten in Berlin circa 200.000 Menschen gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA. 3.284.289 Menschen unterschrieben innerhalb eines Jahres für die Europäische Bürgerinitiative (EBI). Die Initiative schreibt: „Wenn wir eine Menschenkette mit allen Menschen, die die EBI unterschrieben haben, bilden würden, wäre diese Menschenkette 4.895 km lang. Lang genug, um zum Beispiel Gibraltar mit dem nördlichen Polarkreis im Norden Finnlands zu verbinden oder eine Kette von Zypern bis zum nördlichsten Punkt des schottischen Festlands zu bilden.“ Und es wird weiter gesammelt.

Die Europäische Kommission hatte gehofft die TTIP-Verhandlungen im Geheimen weiterzuführen. Doch mit den vielen Unterschriften können Bürgerinnen und Bürger sich gegen TTIP und CETA aussprechen und somit den Druck auf Entscheidungsträger in Brüssel und in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten erhöhen. Gleichzeitig kommen wir durch das Sammeln von Unterschriften mit tausenden von Menschen ins Gespräch, die noch nie von den Handelsabkommen gehört haben und nicht wissen, welche Auswirkungen diese haben würden. Meinungsumfragen haben gezeigt: Je mehr die Menschen über TTIP und CETA wissen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie die Abkommen ablehnen.

Auf Einladung unserer Lichtenberger Linksfraktion fand am 29. September eine von Michael Grunst moderierte lebhaft diskussionsveranstaltung zu den Freihandelsabkommen statt. Harald Wolf, ehemaliger Berliner Wirtschaftsminister, und die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, Hendrikje Klein und Bjoern Tielebein, informierten über den Verhandlungsstand und Möglichkeiten gegen die geplanten Abkommen aktiv zu werden. Sowohl in Lichtenberg als auch in Marzahn-Hellersdorf haben sich auf Initiative der LINKEN die Bezirksverordnetenversammlungen gegen die negativen Auswirkungen der geplanten Freihandelsabkommen ausgesprochen.

Aus unserer Sicht bestehen erhebliche Risiken für die öffentliche Daseinsvorsorge. Für eine funktionierende Gesellschaft sowie die soziale und materielle Teilhabe der Menschen ist die Bereitstellung von Dienstleistungen von zentraler Bedeutung. Die Zahlungsfähigkeit darf nicht darüber entscheiden, wer eine Versorgung mit Kitaplätzen, Schulplätzen, Ärzten sowie Wasser und Strom in Anspruch nehmen kann. Deshalb bedürfen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge der öffentlichen Kontrolle und einer entsprechenden uneingeschränkten öffentlichen Hoheit über die Regulierung. HENDRIKJE KLEIN

Patient Bürgerhaushalt

Der Bürgerhaushalt Lichtenberg feiert 10. Geburtstag



Einwohner votieren ihren Favoriten beim Bürgerhaushalt 2011.

In letzter Zeit zeigt sich der Bürgerhaushalt Lichtenberg oft als Patient. Nun ist er 10 Jahre alt geworden, eigentlich ist das noch kein Alter. Doch es zwickt an allen Ecken und Enden. Es wurde eine ganze Menge an ihm herum gedoktert, bis zur Unkenntlichkeit. Dabei hat er eine ganze Menge an Gewicht verloren. Die eine oder andere bittere Pille musste er schlucken. Vor vier Jahren wurden die Stadtteilkonferenzen gestrichen, die Broschüren in den Aktenschrank deponiert und die Priorität

von wichtig auf unwichtig geändert.

Dennoch ist er bis heute nicht klein zu kriegen. Er wehrt sich dagegen, in die Mottenkiste gesteckt zu werden. Schließlich wurde der Bürgerhaushalt vor 10 Jahren erfunden, damit Einwohnerinnen und Einwohner die Gestaltung des Wohnumfeldes thematisieren und auf notwendige Veränderungen drängen.

Doch natürlich funktioniert es nur dann, wenn die Vorschläge zur Veränderung auch umgesetzt werden. Sonst wird es zur Alibi-Beteiligung

und der Frust steigt. Aktuell zeigt sich besonders ein Vorschlag hartnäckig: Der Erhalt der KULTschule mit den Angeboten in Friedrichsfelde. Dieser Vorschlag erhielt den ersten Platz in der Votierung zum Bürgerhaushalt 2014. Unser Stadtrat Andreas Prüfer (DIE LINKE) setzt sich dafür ein und hat erreicht, dass im Haushalt 2016/17 dieser Erhalt abgesichert wird.

Die Fraktion DIE LINKE hat anlässlich des 10. Geburtstags einen Antrag eingebracht, in dem sich die BVV Lichtenberg von Berlin zu den Zielen des Bürgerhaushalts wiederholt bekennt.

Das sind insbesondere: Eine öffentliche Auseinandersetzung über Bedarf, Ressourcen und zukünftige Entwicklungen, Transparenz in Haushaltsangelegenheiten, Verantwortung stärken und Mitwirkung und Gestaltungsmöglichkeiten fördern.

Letztlich ist es eher eine Frage, wie der Bürgerhaushalt mit Leben gefüllt wird. Die Erfinderin Christina Emmrich (DIE LINKE) hat es damals als Bezirksbürgermeisterin gezeigt, wie das geht. Dabei hat sie viele um sich herum angesteckt und überzeugt.

Auf die nächsten 10 Jahre!

HENDRIKJE KLEIN

Ausverkauf des Tierparks?

Nun also doch? In den Beratungen im Abgeordnetenhaus wurde offenbar, was teilweise schon als Gerücht die Runde machte und viele Lichtenberger schon lange verunsichert. Das Land Berlin, im speziellen die von Senator Geisel geleitete Behörde, möchte in den kommenden Jahren 180.000 Euro für eine Studie zur Neunutzung



von Flächen des Tierparks ausgeben. Ziel dieses städtebaulichen Wettbewerbs ist, dass die Nutzung von Teilen des Tierparks für den Bau von Wohnungen oder die Schaffung von Infrastruktur geprüft und Gestaltungsoptionen vereinbart werden sollen.

Komisch mutet es an, dass nach dem Bericht zum geplanten Wettbewerb und der kritischen öffentlichen Kommentierung niemand im Senat die Absicht hat, die in Diskussion stehenden Gebiete des Tierparkgeländes für den Bau von Wohnungen oder dem Bau eines Spaßbades zu nutzen. Wofür jedoch dieser Wettbewerb wirklich dienen soll, konnte oder wollte niemand beantworten. Auch der Bezirk ist in die Geheimpläne des Senats nicht eingebunden.

Eines ist für uns klar: Der Tierpark gehört den Berlinerinnen und Berlinern und darf erst recht nicht in Frage gestellt werden. DANIEL TIETZE

Das Naheliegende tun

Der Senat und auch die Bezirke suchen händeringend Wohnungen und Unterkünfte für von Obdachlosigkeit betroffene oder bedrohte Menschen und Geflüchtete. Bis zum Sommer wurden allein in Lichtenberg 884 wohnungslose Haushalte mit 1.116 Personen in Wohnungen untergebracht. Nun naht der Winter, viele von Obdachlosigkeit betroffene oder bedrohte Menschen warten auf eine Wohnung, und auch viele Geflüchtete sind auf der Suche nach günstigem Wohnraum. Die Beratungs- und Vermittlungssituation ist aufgrund der wachsenden Anzahl wohnungsuchender Menschen und steigender Mieten äußerst angespannt. Angebote der Kältehilfe für Notquartiere oder die Kontingente im geschützten Marktsegment der Wohnungsbaugesellschaften reichen für die Unterbringung dieser Menschen bei weitem nicht aus. Auch wenn die Beschlagnahmung von leerstehenden Wohnungen privater Eigen-

tümer und auch Hausbesetzungen diskutiert werden, sollte der Berliner Senat das Naheliegende tun. Die infolge des Berliner Bankenskandals gegründete berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH im Eigentum des Landes Berlin verfügt in Lichtenberg und im gesamten Stadtgebiet über zahlreiche Wohnungen und Apartmenthäuser, die für diese Zwecke genutzt werden könnten. Bisher entzieht sich die berlinovo dem Berliner und Lichtenberger Mietverbündnis. Etwa 300 möblierte Apartments in Lichtenberg sind im Schnitt nicht vermietet und stünden von einem Tag auf den anderen zur Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit zur Verfügung. Wir wollen, dass das Bezirksamt sich dafür einsetzt, dass die berlinovo als öffentliches Unternehmen Wohnungen und Unterkünfte für von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen und Geflüchtete bereitstellt. Die Zeit drängt. KATRIN FRAMKE



Leerstehende Apartments der Berlinovo wie hier an der Landsberger Allee/Rhinstraße könnten für Flüchtlinge und obdachlose Menschen genutzt werden.

Tierisches Vergnügen

Mit den beiden Ziegen Wasja und Liese Lou hat die Fraktion DIE LINKE die Patenschaft für zwei Tiere der Knirpsenfarm auf dem Gelände der Gemeinschaftsschule „Schule im Grünen“ in Malchow übernommen. Die „Knirpsenfarm“ ist ein kleiner Kinderbauernhof mit etwa 180 Tieren, der auf dem Grünen Campus Malchow seine Heimat hat.

Die Kosten für Personal, Unterhalt und Futter werden vom Förderverein „Malchower Grashüpfer e.V.“ getragen. Auf der „Knirpsenfarm“, direkt

neben der Schule im Grünen, befinden sich Ställe mit Schafen, Schweinen, Ziegen und Hühnern. Ein Waschbärgehege, eine Vogelvoliere, ein Taubenschlag, ein beheizbares Bauernhaus, ein Lehmbackofen, die Villa Knirps und ein Tierkeller machen dieses tierische Areal komplett.

Als Fraktion ist uns dieses Projekt so wichtig, dass wir uns mit der Patenschaft für Wasja und Liese Lou beteiligen. Weitere Informationen unter www.knirpsenfarm-berlin.de.

DANIEL TIETZE



Die Gastgeberin der Veranstaltung Cafe Queer Ute Evensen von Gangway Lichtenberg eröffnet den Abend im Café Maggi.

Lichtenberg wird bunter – Start von queer maggie

Am 1. Oktober war es soweit: Das Jugendcafe Maggie in der Frankfurter Allee öffnete seine Türen zu einem besonderen Angebot für lesbische, schwule, trans- oder intersexuelle Menschen, insbesondere Jugendliche.

Gemeinsam mit dem Lichtenberger Regisseur Axel Ranisch darf ich Schirmpatin von queer maggie sein. Die Auftaktveranstaltung war gut besucht und es ist zu hoffen, dass allmonatlich Menschen den Weg ins Cafe finden, die sich vom Motto „queer maggie“ angesprochen fühlen und Lust haben gemeinsam etwas zu unternehmen, etwa kochen, spielen oder einfach reden und entspannen. Das Gangway-Team steht bei Bedarf mit Rat und Tat zur Seite.

Lichtenberg hat mittlerweile einiges in punkto Vielfalt auf die Beine gestellt – getreu dem Motto des Bündnisses für Demokratie und Toleranz „Bunter Wind für Lichtenberg“:

So wurde 2013 im Kino CineMotion im Rahmen eines Aktionstages für Demokratie und Toleranz der mehrfach preisgekrönte Film des „Queer

Maggie Paten“ - Axel Ranisch „Dicke Mädchen“ gezeigt, bei dem es um's Glücklicherweise und Anderssein geht und wie zwei Männer zueinander finden.

Das Dokufilmprojekt „Transanders in der Platte“ porträtierte 2014 Menschen aus Hohenschönhausen zum Thema vielfältiger sexueller Identität und Orientierung.

Als Jugendstadträtin finde ich es wichtig, dass insbesondere junge Menschen, die sich mit ihrer sexuellen Identität und Orientierung jenseits des Mainstreams befinden, einen Anlaufpunkt im Bezirk haben. Es geht nicht darum, dass lesbische, schwule, queere Menschen ein Problem haben. Das haben meist die anderen, denen es an Akzeptanz mangelt. Es geht um Möglichkeiten entspannten Austausches in einem freundlichen, nicht diskriminierenden Umfeld. Danke an Gangway e.V. für dieses Angebot!

DR. SANDRA OBERMEYER

■ Näheres ist unter <http://gangway.de/auftakt-queer-maggie/> zu finden.

Etat für Jugendberufshilfe wird aufgestockt

Gute Nachrichten für Projekte der Jugendberufshilfe: Statt einer zunächst vorgesehenen Halbierung des bisherigen Etats konnte unsere Fraktion erreichen, dass im nächsten Haushalt 150.000 Euro mehr als geplant veranschlagt wurden. Es war und bleibt wichtig, an der Unterstützung festzuhalten. Denn in Lichtenberg sind rund 1000 schwer vermittelbare Jugendliche ohne berufliche Perspektive. Im nächsten Jahr soll die Jugendberufsagentur dem Problem Herr werden. Alleine kann sie das sicher nicht.

Die Jugendberufsagentur hat sich zum Ziel gesetzt, als Verbindungstelle zwischen Jugendlichen, Job-Center unter Einbindung des Bezirksamtes keinen Jugendlichen zu verlieren. Keiner soll – ist er einmal ohne Ausbildung geblieben – durch das Netz fallen. Als Arbeitsstruktur eignet sich die Agentur, doch die Projekte der Jugendberufshilfe, wie z.B. der „Verein

für arbeitslose Jugendliche“, verlieren dadurch nicht an Bedeutung. Im Gegenteil. Ihr Ansatz ist, sich ganzheitlich um die Jugendlichen zu kümmern, also auch sozialpsychologische Hilfe anzubieten und die ganz individuelle Lebenssituation in das Hilfeangebot mit einzubeziehen. Darum brauchen diese Projekte auch weiterhin Unterstützung.

Ein weiteres Anliegen muss es sein, die bezirklichen Unternehmen stärker als bisher in die Arbeit einzubinden. Sie sind es, die Ausbildungen und Praktika zur Orientierung anbieten können. Unter dem Namen Partnerschaft Schule – Betrieb bietet z.B. die IHK an, zwischen Schulen und Betriebe Kontakte herzustellen. Im Idealfall entstehen daraus gut funktionierende Patenschaften. Denn über praktische Erfahrungen lässt sich der Einstieg in die Ausbildung am besten organisieren.

NORMAN WOLF

Gelebte Städtepartnerschaft

Im April dieses Jahres hat der Bezirk Lichtenberg mit dem 5. Bezirk Wiens Margareten eine Städtepartnerschaft abgeschlossen. Eine Städtepartnerschaft lebt nur, wenn sich Bürger beider Bezirke gegenseitig besuchen, gemeinsam über die Probleme der unterschiedlichen Bezirke diskutieren und am Leben des jeweils anderen Bezirkes teilnehmen.

Peter Fischer aus unserer Fraktion hat schon seit zwei Jahren zu „Margareten“ Kontakt. Ausgangspunkt war die Frage, wie geht Wien mit sozialem Wohnungsbau um, wie regelt Wien die Sanierung von Altbauten und wie löst Wien das Problem von sozial verträglichen Mieten.

Anfang September haben wir uns auf den Weg nach Wien gemacht. Der Anlass: Am 6. September sollte ein Unternehmerpreis übergeben werden, den Margareten nach dem Vorbild Lichtenbergs jährlich auslobt.

In Wien angekommen unternahm Peter mit mir eine ganz spezielle Stadtführung – von einem Großprojekt des Wohnungsbaus zum anderen. An anderer Stelle bekamen wir Einblick in den kommunalen Wahlkampf in Margareten und waren mittendrin in der Abschluss-Veranstaltung zur Wahl der kommunalen Vertretungen in Wien. Hier haben wir diskutiert und mit einigen verantwortlichen Mitgliedern der Bürgerversammlung gesprochen.

Tags darauf hatten wir eine konstruktive Diskussion mit dem Leiter des Büros der Gebietsbetreuung, auch über mein Lieblingsthema Mieten und Mietgestaltung in einem Altbaubestand mit Sanierungsbedarf und schon durchgeführten Sanierungen. In Wien ist es z. B. üblich die 11% Modernisierungsumlage nach 9 Jahren wieder aus der Miete herauszunehmen. Bei Genossenschaften können sich Mieter an der Modernisierung beteiligen und damit ist die Miete geringer.

Es werden auch nicht alle Wohnungsbestände saniert. Es gibt in Margareten noch Wohnungen mit WC auf dem Flur, mit Mieten bis maximal 2 Euro / m². Die Mieter bekommen jedoch die Möglichkeit, privat diese Wohnungen nach ihren Vorstellungen zu sanieren. Gibt es solche Wohnungen noch in Lichtenberg? Ich kann nicht alles aufzählen, was wir dort erfahren haben.

Zurück zum Unternehmerpreis: Die Idee stammt aus Lichtenberg, auch die Gestaltung des Preises ist entlehnt, ein Segel, das weitere Fahrt aufnehmen soll. Die Bezirksvorsteherin Susanne Schaefer-Wiery übergab den Preis in 3 Kategorien.

Ich habe mir vorgenommen, im Frühjahr wieder nach Wien zu fahren. Vielleicht kann man noch einiges für den bevorstehenden Wahlkampf lernen.

DAGMAR MÜLLER, PETER FISCHER

Die Stärke der Bescheidenheit – Ingrid Schilde im Porträt

Von ROMAN VERESSOV



In ihrer politischen Arbeit stehen für Ingrid Schilde ausschließlich die Menschen im Mittelpunkt.

„Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ein Leben lang.“, dichtete Bertolt Brecht und diese Sätze hat Ingrid Schilde zu ihrem Motto gemacht – und sie hat in ihrem Leben auch tatsächlich gehörigen Mut, Ausdauer und Charakterfestigkeit beweisen müssen.

Der doppelte Umbruch

Ihre ersten Schritte in der Politik hat das Kriegskind Ingrid noch auf Kindesbeinen in der Kinderlandbewegung gemacht, durchlief die Pionierorganisation und die FDJ, in denen sie verschiedene Funktionen ausübte, und ist 1966 schließlich auch SED-Mitglied geworden. Ihr Lehrerdiplom hat Ingrid nach dem Abitur 1959 berufsbegleitend erworben. In

den folgenden Jahrzehnten hat sie sich auf die politisch-pädagogische Bildungsarbeit konzentriert, war ab 1961 Pionierleiterin, von 1973 als stellvertretende Direktorin für außerunterrichtliche Arbeit und als Direktorin von 1976 bis zum Schuljahresende 1989/1990 tätig.

Das Ende der DDR bedeutete für sie einen politischen und biografischen „Umbruch“. Einerseits war damit „der erste Versuch, eine gerechtere soziale Gesellschaft, frei von Ausbeutung, zu schaffen, gescheitert“; privat erhielt sie mit der Übernahme des Schulsystems der Bundesrepublik 1991/1992 die Kündigung aus dem Schuldienst.

Das Bestehende ist nicht das Ende

Statt einfach zu resignieren, hat sich Ingrid erstmals intensiv in der

politischen Arbeit der SED bzw. PDS engagiert und trotz des damaligen Massenaustritts an der Überzeugung „von der Richtigkeit der Idee, dass die heutige Gesellschaft nicht das Ende der gesellschaftlichen Entwicklung darstellt“, festgehalten. Bei den Wahlen 1990 wurde sie auch prompt in die BVV von Hohenschönhausen, wo sie seit 1984 lebt, gewählt. Seitdem hat Ingrid bis 2011 ununterbrochen der BVV von Hohenschönhausen bzw. Lichtenberg angehört. Ab 1992 war sie in Abständen in verschiedenen ABM-Projekten beschäftigt, bis sie 1998 vom PDS-Bundestagsabgeordneten Manfred Müller als Mitarbeiterin für seinen Wahlkreis Weißensee/Pankow engagiert wurde. Trotz ihres Renteneintritts 2001 ist Ingrid weiterhin als Wahlkreismitarbeiterin für Lichtenberger Abgeordnete tätig, zunächst für Dr. Peter-Rudolf Zotl (2008-2011) und seit 2014 für Dr. Wolfgang Albers. Daneben ist sie auch Mitglied des Bezirksvorstandes in Hohenschönhausen (bis 2001), Wahlkreissprecherin für den Wahlkreis 2 bis 2012 gewesen. Mitglied der Seniorenvertretung ist sie in der 3. Wahlperiode. „Als Kommunalpolitikerin der PDS bzw. der LINKEN hatte man es nicht immer leicht“, sagt sie heute, „und trotzdem war es eine zwar nicht einfache, aber interessante und lehrreiche Zeit, die ich für mich nicht missen möchte“.

Menschen im Mittelpunkt

„Bürgernähe“ hält Ingrid für den Grundstein aller guten linken Politik, zumal in der Kommune, und ist im Rückblick „beeindruckt von der Entwicklung unserer Partei nach der ‚Wende‘ und von deren immer besserer Akzeptanz in der Gesellschaft.“ Das ist allerdings kein Selbstläufer, sondern „nur durch jahrelange Arbeit mit und für die Bürgerinnen und Bürger“ erreichbar. Sie sei „kein Mensch für die Vorderbühne“, sagt Ingrid bescheiden, „für mich stehen die Menschen im Mittelpunkt“. Sich zurücknehmen und jede „Arroganz im gesellschaftlichen Bereich, etwa ‚Arroganz der Macht‘, wie auch in der Auseinandersetzung oder im Umgang mit Menschen“ zu vermeiden, ist ebenfalls ein Zeichen von Stärke.

WANN UND WO

- **Montag, 16.11. bis Freitag 20.11.:** Im Rahmen der Kieztour sind die Verordneten der LINKS-Fraktion vom 16. bis 20. November in verschiedenen Stadtteilen Lichtenbergs unterwegs. Am Dienstag, den **17.11. um 11 Uhr** im Theater an der Parkaue. **Am 20.11. ab 17.30 Uhr** im Jugendclub LINSE.
- **Freitag, 6.11, 14 Uhr** Gedenkveranstaltung „DENKORT“ 2015, Friedhof Gärtnerstraße
- **Sonntag, 12.11., 10 Uhr** Enthüllung der Gedenktafel für Familie Stöbe, Frankfurter Allee 233, Fußgängerzugang zum Sana-Klinikum

Kultur Tipp von Daniela Fuchs

Die Gemäldegalerie der Staatlichen Museen zu Berlin, Kulturforum am Matthäikirchplatz. Der Monat November bietet sich für einen Rundgang durch die Gemäldegalerie an. Sie besitzt eine der bedeutendsten Sammlungen europäischer Malerei vom 13. bis zum 18. Jahrhundert. Gemälde großer Meister sind hier zu bewundern. Zu ihnen gehören u.a. Pieter Bruegel, Albrecht Dürer, Raffael, Rubens, Tizian und Rembrandt. Das Gebäude ist besucherfreundlich gestaltet. Um sich von der Reizüberflutung zu erholen, kann sich der Besucher in eine große Wandelhalle zurückziehen. Von dort aus kann er immer wieder in die Ausstellungsräume zurückkehren und sich die großartigen Bilder wie Rembrandts „Moses zerschmettert die Gesetzestafeln“ oder Dürers Porträt von Hieronymus Holzschuher anschauen.

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Hendrikje Klein, Daniel Tietze
(Fraktionsvorsitzende)

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

30. Oktober 2015

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Roland Paris



Roland Paris (rechts) bei der Vernissage seiner Ausstellung, die im Schloß Hohenschonhausen zu sehen ist.

30 Jahre Hohenschönhausen ist für den Förderverein Schloß Hohenschönhausen ein guter Anlass, die Ausstellung „Roland Paris 1960 in Wartenberg“ zu eröffnen. Der Maler kennt sich im Bezirk gut aus. Er arbeitete 1960 in der LPG „1. Mai“ in Wartenberg und fertigte Zeichnungen und Grafiken vom bäuerlichen Leben. In der Ausstellung

werden auch Druckgrafiken und Maleierei gezeigt. Sein Triptychon „Dorffestspiele in Wartenberg“ wird auch zu sehen sein. Der Kurator der Ausstellung, Gunnar Müller, verwies gegenüber Infolinks, dass Roland Paris die Bäuerinnen und Bauern wohl nicht so gezeichnet habe, wie es sich einige Kulturfunktionäre gewünscht hätten.

Doch der Maler ließ sich offensichtlich durch diese Kritik nicht beirren. Für den Palast der Republik malte er das Bild „Unser die Welt – trotz alledem.“

Roland Paris wurde am 12. August 1933 als Sohn eines Theaterschauspielers und einer Weißnäherin geboren. Er studierte Wandmalerei von 1953 bis 1958 an der Hochschule für bildende und angewandte Kunst Berlin-Weißensee bei Kurt Robbel, Arno Mohr, Bert Heller, Gabriele Mucci und Toni Mau. Der Maler lernte von 1963 bis 1966 als Meisterschüler bei Otto Nagel an der Deutschen Akademie der Künste in Berlin. Roland Paris war von 1985 bis 1991 Berliner Bezirksvorsitzender des Verbandes Bildender Künstler Deutschlands.

Im Bürgerschloss ist sein Frühwerk zu sehen. Die Ausstellungsstücke stammen aus dem Archiv des Künstlers, privaten Sammlungen sowie den Kunstsammlungen Neubrandenburg und Beeskow. Die Ausstellung ist noch bis Ende Januar zu sehen.

KLAUS SINGER

■ **Öffnungszeiten:** Montag bis Freitag, von 10-16 Uhr. Wer eine Gruppenführung wünscht, kann sich direkt an den Kurator Gunnar Müller wenden. Telefon: 97 895 600.

Sanierung begann

Seit Wochen wird hier gebuddelt. Mit Septemberbeginn hat die Stradeck GmbH, Tief- und Straßenbau aus Mühlenbeck, die Sanierung der Rüdigerstraße zwischen Kriemhild- und Siegfriedstraße in Angriff genommen. Die mit ca 470.000 Euro Kosten veranschlagten, seit Jahren überfälligen Maßnahmen werden aus Investitionsmitteln des Bezirkes und dem Sonderprogramm Sanierung getragen und sollen im August nächsten Jahres abgeschlossen sein.

Auch der Druck aus den Basisorganisationen Alt-Lichtenberg (u. a. in Infolinks Nr 2/2014. S 4) trug dazu bei, dass CDU-Stadbezirksrat Nünthel sein Versprechen aus dem Jahr 2013 jetzt in Angriff nehmen konnte.

JOACHIM PAMPEL



Die Rüdigerstraße wird seit September saniert.

Ende der Sanierungsarbeiten

Am 16. und 17. Oktober haben wir auf dem Naturhof Malchow das Ende der denkmalgerechten Sanierungsarbeiten und damit die Eröffnung der neuen Räumlichkeiten gefeiert. Vorbei ist die Zeit der Einschränkungen und des Baulärms, statt grauem Beton prägen nun Klinkerfassaden und historisches Pflaster die Atmosphäre auf dem Hof.

Knapp 70 Gäste, darunter Freunde, Förderer, Vertreter der Bezirksverwaltung, Geschäftspartner, verbrachten bei Musik und gutem Essen ein paar interessante und anregende Stunden auf dem Naturhof.

Der stellvertretende Bürgermeister Lichtenbergs, Dr. Andreas Prüfer, erinnerte an die Anfänge der Zusammenarbeit zwischen dem Naturschutz Berlin-Malchow und der Verwaltung. Architektin Sabine Wachsmuth und Bauleiter Hajo Kempkes berichteten über den Verlauf der Sanierungsarbeiten und ließen die Anwesenden über einige Anekdoten schmunzeln.

Natürlich waren die Besucher interessiert daran, die neu entstandenen Räumlichkeiten im sanierten Stall zu besichtigen. Während der Führungen mit Geschäftsführerin Beate Kitzmann wurden viele Fragen gestellt und interessierte Blicke geworfen.

Als Geschenke brachten die Gäste neben Brot und Salz auch Pflanzen für die geobotanische Anlage mit. Die Anlage befand sich rechts neben dem Stall und musste während der Bauarbeiten entfernt werden.

Das hofeigene Storchencafé begeisterte die Besucher mit einem reichhaltigen Buffet in gewohnter Bioqualität. Für die musikalische Untermalung der Feierlichkeiten sorgte die Jazzband Swinghouse, die den Naturschutz Berlin-Malchow schon seit vielen Jahren begleitet.

Zum Tag der offenen Tür am Samstag kamen mehr als 150 Interessierte, um sich über die Sanierungsarbeiten auf dem Hof zu informieren.

VIVIEN HEIN, Naturschutz Malchow



Beate Kitzmann, Geschäftsführerin vom Naturschutz Malchow gemeinsam mit Bauleiter Hajo Kempkes bei der Wiedereröffnung des Naturhofes.

Evrim Sommer

– Für einen neuen Politikstil!

Von PETER ZOTL

„Das kann man anders machen und auch besser!“ Dieser Wahlspruch war von Anfang an das Motto von Evrim Sommer. 1999 war sie Spitzenkandidatin der PDS im Bezirk Neukölln. Die PDS kam in Fraktionsstärke in die Bezirksverordnetenversammlung – zum ersten Mal in einem Westbezirk. Zwei Jahre später gelang ihr die Bildung einer Zählgemeinschaft mit SPD und GRÜNEN – zum ersten Mal in der Geschichte unserer Partei.

Evrim Sommers politisches Rezept ist, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Gemeinsam werden Problemlösungen diskutiert und gefunden, statt sich gegenseitig die Schuld zuzuschreiben. Sommer ist seit 16 Jahren Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Die enge Zusammenarbeit mit der Berliner Verwaltung ist ihr tägliches Brot. Bei der Erstellung von Gesetzen holte sie die Berliner Verwaltung und Experten an einen Tisch, etwa bei der Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes. Das ist heute eines der fortschrittlichsten Gesetze zur Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst in Deutschland. Sie sagt: „Verwaltungen brauchen eine politische Führung. Politik muss den Willen haben, und die Verwaltung muss die Wege erschließen.“

Der Bezirksvorstand wird der Hauptversammlung am 28. November vorschlagen, Evrim Sommer als Kandidatin für Platz 1 der BVV-Liste und für das Amt als Bezirksbürgermeisterin zu nominieren. Für ihre Kandidatur für



Evrim Sommer kennt die Probleme ihres Bezirks, seit 10 Jahren ist sie in Lichtenberg zu Hause.

das Bürgermeisteramt in Lichtenberg bringt sie nicht nur Erfahrungen, sondern auch ihr großes Netzwerk aus Experten und Politikern mit.

Ihren neuen Politikstil verbindet sie mit ihrem kommunalpolitischen Leitbild, der Kommune der Bürger. Zweimal hat Evrim Sommer ihren Wahlkreis direkt gewonnen. Sie ist dort bekannt als eine Frau, welche die Probleme sofort anpackt. In ihrem Wahlkreis in Neu-Hohenschönhausen gibt es seit Jahren ein Problem: 220 Haushalte in der Siedlung Wartenberg sind nicht an die Kanalisation angeschlossen. Eine Lösung sollte 11 Millionen Euro kosten. Sommer initiierte einen Runden Tisch, an dem die Landesregierung, Wasserbetriebe, andere Parteien und die Siedlergemeinschaft saßen. Eine Lösung wurde gefunden: ein Kompaktpumpwerk soll für 350.000 Euro gebaut werden. Die Anwohner müssen nicht mehr teuer das Abwasser abpumpen lassen.

Mit ihrer Familie musste sie als

Kind vor dem türkischen Militärregime nach Westberlin flüchten. Sie weiß sehr wohl, was es heißt, Gewalt am eigenen Leib zu spüren. Sie weiß auch, wie schwer es ist, in einem fremden Land aufzuwachsen und wie wichtig es ist, sich in die fremde Kultur zu integrieren. Nun lebt sie seit mehr als 10 Jahren in Lichtenberg: erst in Rumelsburg und nun in Alt-Hohenschönhausen. „Hier ist mein Zuhause und ich will hier nie wieder weg!“

Ihre eigene Erfahrung hilft ihr, die Flüchtlinge zu verstehen. In Neukölln hatte sie sich bereits erfolgreich dafür engagiert, dass Flüchtlinge nicht mehr in Sammelunterkünften untergebracht wurden, sondern – wie später in ganz Berlin – in Wohnungen. Dies ist heute aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes schwierig. Dennoch muss an beiden Problemen gearbeitet werden, sagt sie: „Wir brauchen Wohnungen mit bezahlbaren Mieten in Lichtenberg genauso wie ein funktionierendes Flüchtlingskonzept.“

Ideen für den Stefan-Heym-Platz wurden ausgestellt

Aufgrund seiner Nähe zu Ringcenter und Rathaus ist der Stefan-Heym-Platz ein wichtiger Treffpunkt und lädt zum Verweilen und Ausruhen ein. Die geplante Neubebauung „Wohnen am Rathauspark“ der HOWOGE ermöglicht die Neugestaltung des Platzes.

Seit März 2015 beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe aus Anwohner/innen und Interessierten intensiv mit dem Thema. Lesen am Platz und dazu einen Kaffee, so soll der Platz am liebsten genutzt und dementsprechend erneuert werden. Natursteinplatten, Bäume, Fassadenbegrünung, Bänke und Mülleimer sind die Favoriten. Es soll wieder ein grüner Platz zur Erholung werden. Sicher sind sich alle, dass der Brunnen mit dem Fischerjungen erhalten werden soll. Das sprudelnde Brunnenwasser trägt auch dazu bei, dass der Straßenlärm gedämpft wird.

Natürlich sollen auch Elemente der Erinnerung an Stefan Heym installiert werden.

Vom 19. Oktober bis zum 03. November 2015 zeigte eine öffentliche Ausstellung im Rathaus Lichtenberg die Entwürfe der fünf Landschaftsarchitekturbüros und Impressionen des

Die Linksfraktion wird sich weiter an dem Projekt beteiligen und aktiv mitarbeiten.

Beteiligungsverfahrens. Auch dann noch konnten Besucher/innen weitere Hinweise und Bewertungen einbringen, die letztendlich in die Entscheidung für den Siegerentwurf mit einfließen. Mitte November wird der Siegerentwurf feststehen.

Doch erst 2018/19 wird das Projekt umgesetzt, vorher werden die neuen Häuser mit 215 Wohnungen der HOWOGE direkt am Stefan-Heym-Platz gebaut. Bolzplatz, einige Parkplätze und 145 Bäume müssen weichen. Den Anwohnerinnen und Anwohnern ist das nicht egal, sie wollen dafür Ersatz.

Die Linksfraktion wird sich weiter an dem Projekt beteiligen und aktiv mitarbeiten. Wir wollen auf jeden Fall eine öffentliche Nutzung des Platzes, die alle Menschen zum Verweilen einlädt. Zur geplanten Neubebauung werden wir uns in den Ausschüssen für günstige Mieten, Ersatzpflanzungen und Freiräume einsetzen.

Dafür muss zu gegebener Zeit ein städtebaulicher Vertrag mit der HOWOGE her. HENDRIKJE KLEIN



Evrim Sommer, Vorsitzende der Lichtenberger LINKEN

Lichtenberg für alle – sozial, weltoffen und bürgernah

Von MICHAEL GRUNST



1. Mai 2015. Linke Kommunalpolitik im Gespräch. Michael Grunst stellt sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger.

Viele Menschen sind in den vergangenen Jahren nach Lichtenberg gezogen. Familien werden gegründet, die Lebenserwartung der Seniorinnen und Senioren nimmt zu. Eine gute Entwicklung für Lichtenberg. Lichtenbergerinnen und Lichtenberger fühlen sich wohl. Ihr Kiez, das ist ihr Zuhause.

Entscheidend im bevorstehenden Wahlkampf und bei der Erarbeitung des Wahlprogrammes wird die Frage sein, wie die Lichtenberger LINKE auf diese neuen Entwicklungen reagiert, und ob ihr inhaltlich und personell zugetraut wird, dass die kommunal-

politischen Geschicke bei ihr in guten Händen liegt.

Als stärkste politische Kraft im Bezirk tragen wir seit 1992 in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und im Bezirksamt in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien Verantwortung für die Entwicklung unseres Bezirkes. Wir haben erfolgreich für ein soziales, ökologisches, familiengerechtes Lichtenberg gearbeitet und gestritten. Kommunalpolitische Entscheidungen haben wir gemeinsam mit den Menschen, die hier wohnen, leben und arbeiten, sowie mit Vereinen, Organisationen und Initiativen vorbereitet und umgesetzt. Das allein macht schon den Unterschied zu den anderen Parteien aus.

Diese Errungenschaft linker Politik ist durch den seit 2012 verordneten Personalabbau im Bezirk, durch Rückschritte bei demokratischer Kultur und Beteiligung verspielt worden. Es gibt aber nach wie vor die Chance für die Entwicklung der Bürgerkommune Lichtenberg. Denn Lichtenberg hat sich weiter verändert, durch den Zuzug junger Familien, neue Wohnquartiere, andererseits durch Alterung der Bevölkerung, Zuzug armer Familien wegen Verdrängung aus Wohnungen in der Innenstadt. Gerade Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Armut belasten den Alltag vieler. Je-

des dritte Kind in Lichtenberg lebt in Armut. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und ihre Kinder. Ihnen müssen wir Teilhabe ermöglichen, Angebote unterbreiten und mehr Chancen am Arbeitsmarkt eröffnen. Die zunehmende Altersarmut und die damit einhergehende Benachteiligung der älteren Lichtenberger stellen uns vor die Aufgabe, die Lebenssituation armer älterer Menschen in Lichtenberg zu verbessern und Benachteiligungen abzubauen. Große Anstrengungen werden die Unterbringung und notwendige Integration Tausender Flüchtlinge bedürfen.

Die Idee von einem Lichtenberg für alle ist, ein kommunalpolitisches Angebot für alle Lichtenberger zu unterbreiten, deren Verwirklichung zu einem sozialen, weltoffenen und bürgernahen Lichtenberg mit allen und durch alle Lichtenberger führt.

MICHAEL GRUNST

Lebt seit 35 Jahren in Lichtenberg, blickt auf 20 Jahre Verwaltungserfahrung und 16 Jahre Arbeit in der BVV Lichtenberg zurück.

Lichtenberg für alle - Vorschlag für Eckpunkte unseres Programms für die Wahlen zur BVV Lichtenberg 2016 von Michael Grunst und Dr. Sandra Obermeyer – kann unter lichtenberg@die-linke-berlin.de oder www.die-linke-lichtenberg.de abgefordert werden.



MIT RAT & TAT

TERMINE

- **Sonntag, 8.11., 10 Uhr:**
Politischer Frühschoppen: Freizeit-Jugend in Karlshorst – gemeinsam Ideen entwickeln mit Dr. Sandra Obermeyer, Bezirksstadträtin für Jugend Gesundheit und Norman Wolf, Mitglied der BVV Lichtenberg, Havana Bar, Treskowallee 111
- **Montag, 9.11., 18.30 Uhr:** Die Linke Aktion Lichtenberg (LiA), lädt zu „9ter November – Eine szenische Lesung“ ein. Café Maggie, Frankfurter Allee 205
- **Dienstag, 10.11./24.11., 19 Uhr:** Bezirksvorstandssitzung, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **Donnerstag, 12.11., 19 Uhr:** Diskussion mit Katrin Lompscher, MdB und Heike Liebmann „Industrieller Wohnungsbau in städtischen Umgestaltungsbiete der DDR und der Gegenwart“, Stadtmuseum, Türschmidtstraße 24

SPRECHSTUNDEN

- **Evrin Sommer, MdB, WK 1,** fon 0151/15602356, 25.11., 18.30 Uhr, Wahlkreisbüro Zingsster Straße 12
- **Marion Platta, MdB, WK 3,** fon 030 97 999 643, 11.11.2015, 16.30 – 19 Uhr, erste Stunde gemeinsam mit der Rechtsanwältin Birgit Stenzel; Neustrelitzer Straße 63

DIE LINKE.

Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14, hat wie folgt geöffnet:

- montags 10 – 16 Uhr
 - dienstags 13 – 17 Uhr
 - donnerstags 13 – 19 Uhr
- Außerhalb dieser Zeiten sind wir in der Regel nur nach telefonischer Vereinbarung erreichbar.
Wegen Urlaub am 9.11. und am 16.11.2015 geschlossen.

Geschäftsstellenleiterin: Marina Richter-Kastschajewa

- **Telefon: 030 / 512 20 47**
- info@die-linke-lichtenberg.de



© RAINER BOSSE

Michael Grunst

Mord und Totschlag in Lichtenberg



© GRIT BURKHARDT

Die Buchhandlung „totsicher“ ist auf Kriminalliteratur spezialisiert. Auch Belletristik und Sachbücher finden sich im Sortiment.

Ein Schrei – ein Schuss – eine Leiche, so beginnen viele Krimis. Wovon sich viele Leser im wahren Leben fürchten, scheinen sie im Buch umso mehr zu lieben. Für diese Krimifans hält die Buchhandlung „totsicher“ ein besonders Angebot bereit. Der Laden im Lichtenberger Weitlingkiez hat sich

auf Kriminalliteratur spezialisiert. Vom klassischen „Whodunit“ bis zum modernen Psychothriller – im Laden von Buchhändlerin Grit Burkhardt kommt jeder auf seine Kosten. Im stilvoll eingerichteten Geschäft laden bequeme Polstersessel zum Verweilen und Probelesen ein. Sollte einmal

nicht sofort das richtige Buch ins Auge springen, weckt fachkundige Beratung die Leselust.

Das Konzept „Krimibuchhandlung“ gibt es nun schon seit 2004. Da eröffnete die Buchhandlung erstmals in Berlin-Prenzlauer Berg und konnte sich rasch etablieren. In den folgenden Jahren sorgten dort rasant steigende Mieten für einen Wandel der Einwohnerschaft und den Wegzug vieler Stammkunden in andere Bezirke. Die Buchhandlung beschloss, ihren Lesern zu folgen, suchte nach einem neuen Laden und wurde vor zwei Jahren in Lichtenberg ansässig. Hier liegt der Schwerpunkt weiterhin auf Kriminalliteratur, nun finden sich allerdings auch Belletristik und Sachbücher im Sortiment. In ihrem neuen Zuhause hat die Buchhandlung freundliche Aufnahme gefunden. Auch die regelmäßig angebotenen Autorenlesungen erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Gerade in der kommenden kalten Jahreszeit lockt der Griff nach einem guten Buch. Buchhändlerin Burkhardt empfiehlt hierfür besonders Krimis aus dem historischen Berlin von Autor Volker Kutscher. In seinem Gereon-Rath-Zyklus ist zuletzt das Buch „Märzgefällene“ erschienen. ANTONIO LEONHARDT

■ **Buchhandlung „totsicher“**,
Margaretenstraße 2, 10317 Berlin

Fotorätsel

Wozu gehört dieses Tor? Die fünf Gewinner, die von den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2015 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u.a. ein Gespräch mit Gesine Lötzsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums.

Einsendeschluss ist der 30. November. Bitte die Antworten an gesine.loetzsch@bundestag.de mailen oder per Post schicken: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Lötzsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Die Lösung des Oktoberrätsels: Das Kachelgemälde ist im Freibad Orankeesee zu finden. Die Gewinner einer Tagesfahrt in den Bundestag mit Gesine Lötzsch werden angeschrieben.



© ANIKA TASCHKE

„info links“ wird herausgegeben von:
DIE LINKE - Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Fon: (030) 512 20 47
Fax: (030) 516 592 42
Mail: info@die-linke-lichtenberg.de
Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.:

Daniel Tietze

Redaktionsschluss:

Ausgabe November: 30. Oktober

Die nächste Ausgabe erscheint am
Donnerstag, 4. Dezember

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Gestaltung: Uta Tietze

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:

DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg
IBAN: DE 59 10 0708 4805 2560 7803
BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck angeben:
810-503, info links, Ihr Name, Vorname

AUSSTELLUNG

- **„Die Farben Vietnams“ Fotografien von Sabine Geschke**, Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149,
- **„Friedrichsfelde und Berlin“** Aquarelle und Fotos der Mal- und Fotogruppe des Nachbarschaftstreffs der WGLI, Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9

LITERATUR

- **Montag, 9. 11., 18.30 Uhr**
Szenische Lesung mit filmischen Zeugnissen zu vier Schlüsselmomenten des 20. Jahrhunderts, mit Diskussion LiA Lichtenb. im Café Maggie, Frankfurter Allee 205
- **Donnerstag, 12.11., 19 Uhr**
Lesung mit dem Filmkritiker **Knut Elstermann**
Eintritt: 4 Euro, ermäßigt 3 Euro, 40 Freikarten für Mieter der WG Vorwärts, Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek
- **Donnerstag, 26.11., 19 Uhr**
„Missverstehen Sie mich richtig“
Kabarettist Martin Bucholz liest aus seinem neuen satirischen Wörterbuch, Anna-Seghers-Bibliothek im Linden-Center, Prerower Platz 2

PUPPENSPIEL

- **Sonntag, 22.11., 15.30 Uhr**
Die Schneekönigin
Eintritt: 2,50 Euro, Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99

MUSIK

- **Sonntag, 15.11., 20 Uhr**
Sons of settlers
Südafrikanischer Indie/Folk/Rock, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 10 Euro, ermäßigt 3 Euro
- **Donnerstag, 19.11., 19.30 Uhr**
Jazz-Raritäten
Video-Vortrag von Karlheinz Drechsel, Treff Karlshorst e.V., Treskowallee 112, Eintritt: 6 Euro

BÜRGERVERSAMMLUNG

- **Mittwoch, 11.11., 18 Uhr**
Neugestaltung der öffentlichen Flächen am Ostkreuz - Kynaststraße / Ecke Hauptstraße
Ratssaal im Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6